

**Betreff: Skandal im Gymnasium Boerhaavegasse**

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 15.09.2011 folgenden

Resolutionsantrag

Die Landstraßer Bezirksvertretung verurteilt aufs Schärfste die fragwürdigen „Erziehungsmethoden“ der Lehrerin, die Schüler ihrer Klasse dazu zwang, sich als Mädchen zu verkleiden, und Schülerinnen, sich als Buben zu verkleiden, um dann so ihr Zeugnis abzuholen.

Die Schulaufsichtsbehörden müssen in fachlicher und disziplinärer Hinsicht tätig werden. Auch die Bezirksvertretung fordert eine lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse!

Begründung

Von Schulpsychologen ist diese Aktion bereits klar verurteilt worden. Mit dieser Aktion wollte sie den Schülern zeigen, „dass man das Geschlecht auch tauschen kann.“

Die Kinder haben sich in Grund und Boden geniert. Sie seien auf dem Weg zur Schule angestarrt und verspottet worden, erzählen sie jetzt. Gerade bei Kindern, die im Alter von 10 bis 12 Jahren ihre sexuelle Identität entwickeln, sind solche Maßnahmen äußerst verantwortungslos. Außerdem verstößt die Aufforderung der Lehrerin, Buben müssten in Mädchenkleidern und umgekehrt Mädchen in Bubenkleidung erscheinen sowie auch die Anrede von Buben mit Mädchennamen usw. sogar gegen die UN-Konvention zum Schutz der Rechte des Kindes, die besagt, dass die Identität der Kinder umfassend geschützt werden müsse.

Zur Einhaltung dieser Konvention hat sich auch Österreich vertraglich verpflichtet.

***Dieser Antrag wurde mit den Stimmen
der SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ
abgelehnt!***

Bez.Rat Michael Stumpf

Betreff: Motorradabstellplatz Weißgerberstraße/ Ecke Obere Viaduktgasse

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 15.09.2011 folgenden

Antrag

Die zuständige Stelle der Stadt Wien, die MA 46 möge unter der Zugsüberführung in der Oberen Weißgerberstraße/ Ecke Obere Viaduktgasse ein Halte- und Parkverbot - ausgenommen für Motorräder - einrichten.

Begründung

Die Schnellbahnunterführung wird von Anrainern im Weißgerberviertel gerne als Parkmöglichkeit für Motorräder genutzt, da unter der Brücke die abgestellten 2-Räder regengeschützt sind. Auf der einen Straßenseite gibt es bereits ein Halte- und Parkverbot (ausgenommen für Motorräder.)

Ein derartiges Halte- und Parkverbot wäre auf der gegenüberliegenden Seite genauso begrüßenswert. An der beschriebenen Stelle können bis zu 8 Motorräder abgestellt werden! Außerdem würden weniger Autoparkplätze durch Motorräder verstellt werden, da die Parkmöglichkeit unter der Zugsüberführung Obere Weißgerberstraße/Obere Viaduktgasse stark frequentiert, beliebt und bekannt bei Motorradfahrern ist.



Bild 1: Schon durch 2-3 Autos wird die Parkmöglichkeit für Motorräder verhindert



Bild 2: Dieser Zustand wäre für die gegenüberliegende Straßenseite erstrebenswert!

**Dieser Antrag
wurde
einstimmig
angenommen!**

Bez.Rat
Michael
Stumpf



Betreff: Schul-Mediation

Der unterfertigende Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß §24 der GO der Bezirksvertretung für die Sitzung am **30. 06. 2011** folgenden

ANTRAG

Der Amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport, Her Christian Oxonitsch und die Amtsführende Stadtschulratspräsidentin, Frau Dr. Susanne Brandsteidl, werden ersucht sich dafür einzusetzen, dass in der vierten Schulstufe (4. VS) und in den fünften bis achten Schulstufen der Pflichtschulen(5. – 8. HS, KMS) die Schul-Mediation ab dem kommenden Schuljahr eingeführt wird.

BEGRÜNDUNG

In den Pflichtschulen zeigen viele SchülerInnen eine negative Einstellung zur Schule, eine mangelnde Motivation zum Lernen.

Es ist Realität, dass viele Eltern erwarten dass die Schule ihre Kinder bildet, erzieht und betreut, und das natürlich kostenlos.

Eine Mediatorin, ein Mediator sind keine Sozialarbeiter, keine Psychologen sondern Fachpersonen, die unterstützend für die Schulkinder, aber auch für die Lehrpersonen und für die Eltern zur Verfügung stehen.

Da es derzeit im 3.Bezirk an einer KMS bereits Schul-Mediatoren gibt, soll die Einführung derer Tätigkeit an allen Pflichtschulen in Wien durchgesetzt werden.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ der Jugend- und Sozialkommission zugewiesen!



Betreff: Konzept für den Handel

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß §23 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung am **15. September 2011** an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

ANFRAGE

In Zeitungsinterviews hat die Präsidentin der Wiener Wirtschaftskammer, Fr. Brigitte Jank, angekündigt, Gespräche über einen „Masterplan Einkaufsstadt Wien“ sowohl mit der Stadt Wien als auch mit den Bezirken zu führen. Daher stellen sich folgende Fragen:

- Hat Fr. Präsidentin Jank mit Ihnen schon Gespräche über die Situation der Kaufleute im Bezirk geführt?
- Wenn ja, welche Maßnahmen zur Unterstützung der Gewerbetreibenden im 3. Bezirk wurden dabei angedacht oder befinden sich bereits in der Umsetzungsphase?
- Wenn nein, gedenken Sie, sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, von sich aus Gespräche mit der Wirtschaftskammer Wien aufzunehmen, um über Mittel zur Attraktivierung der Geschäftsstraßen zu diskutieren, wie .z.B. brachliegende Geschäftsflächen wieder einer Nutzung zuzuführen, etc.?

Bez.Rat Karin Schmutz

***Die Beantwortung dieser Anfrage
soll demnächst erfolgen!***

Betreff: Unterstützung Einkaufsstrassen



Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am **15. September 2011** folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, sich dafür einzusetzen, das auf der Startseite der Bezirkshomepage im Internet, an gut sichtbarer Stelle, die verlinkten Adressen und Logos der Einkaufsstraßen sowie des Rochusmarktes eingefügt werden.

Begründung

Die Wirtschaftstreibenden im Bezirk, sowohl auf den Einkaufsstraßen als auch am Rochusmarkt, würden sich in wirtschaftlich nicht gerade rosigen Zeiten eine attraktive, zeitgemäße und aktive Unterstützung von Seiten des Bezirkes wünschen.

Bez.Rat Karin Schmutz

Zu diesem Antrag erfolgte ein Abänderungsantrag. Dieser wurde mehrheitlich angenommen!



Betrifft: „Vogelhäuser“

Der gefertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gem. § 23 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 15. September 2011 an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

ANFRAGE

Wann werden die spitzen und daher gefährlichen Fragmente der zerbrochenen „Vogelhäuser“ Ecke Kundmangasse und Erdbergstraße entfernt, um die Gefährdung von Kindern und Fußgängern hintan zu halten.

Bis wann sollen die verbliebenen „Kunstwerke“ dort stehen bleiben, da sie schon unansehnlich sind und Holz, wenn Wind und Wetter ausgesetzt, nicht für die Ewigkeit Bestand hat.

Begründung

Die an der Ecke Kundmangasse und Erdbergstraße aufgestellten „Vogelhäuser“ entwickeln sich langsam zum Ärgernis und zur Gefahr für Kinder und Fußgänger. Immer mehr dieser Holzkonstrukte sind abgebrochen. Zuletzt vier weitere in der Nacht von Freitag 9.9. auf Samstag 10.9.2011. Die zersplitterten Holzstangen ragen in die Luft und auch auf den Gehsteig.

KommRat Heino Heller
Bezirksrat

Die Beantwortung der Anfrage ergab, dass die gefährlichen Fragmente der Vogelhäuser bereits weggeräumt wurden.

**Betreff: Anfrage zur „Löwenpassage“**

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 23 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 15.09.2011 folgende

Anfrage

- Wann werden die nötigen Schritte seitens der zuständigen Stellen der Stadt Wien eingeleitet, um die Fassade der „Löwenpassage“ von Plakaten und Graffitis zu säubern?
- Sind bereits Gespräche mit der Künstlerin, deren Einverständnis für „Veränderungen“ an der Fassade einzuholen ist, aufgenommen worden?
- Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?
- Wenn nein, warum nicht?

Bez.Rat Michael Stumpf

Die Beantwortung dieser Anfrage ist in der BV-Sitzung vom 15.09.2011 erfolgt. Die zuständigen Stellen der Magistratsabteilungen leiten regelmäßige Rundgänge ein, um öffentliche Plätze oder Passagen zu inspizieren. Sollte man rassistische Schmierereien bemerken, würde man diese innerhalb weniger Stunden entfernen. Im vorliegenden Fall sieht die Behörde keinen Grund, diese Graffitis zu entfernen, da sie davon ausgeht, dass die Mauer der Löwenpassage innerhalb kürzester Zeit wieder beschmiert werden.